

20.04.2017

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Theo Kruse, CDU

Verhandlungen des Inspektors der Landespolizei mit dem Rüstungskonzern Rheinmetall über ein Beschäftigungsverhältnis

Die Rheinische Post berichtete am 20. April 2017, dass der Polizeiinspekteur im nordrhein-westfälischen Innenministerium, Bernd Heinen, Gespräche mit Rheinmetall „über eine bezahlte Beschäftigung bei dem Düsseldorfer Rüstungskonzern“ geführt habe. Der Zeitung sei vom Umfeld des Innenministeriums bestätigt worden, dass es diese Gespräche gegeben habe, sie in der Zwischenzeit jedoch abgebrochen worden seien. Rheinmetall selbst dementierte den Vorgang laut Rheinischer Post nicht, sondern teilte nur mit, es gebe „keinen Zeitpunkt für die geplante Aufnahme einer Tätigkeit bei Rheinmetall“.

Der Polizeiinspekteur ist für die Beschaffung der Polizeiausrüstung zuständig. Rheinmetall selbst hat die NRW-Polizei bereits mehrfach beliefert, unter anderem mit Munition und Schutzwesten. Auch bietet Rheinmetall den Landespolizeien sein neues Einsatzfahrzeug „SurvivorR 4x4“ an.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wann wurden in den letzten drei Jahren Verhandlungen mit Rheinmetall über Beschaffungen geführt (Art der Beschaffung, Verhandlungsführer, Dauer)?
2. Wann haben die Gespräche zwischen Herrn Heinen und Rheinmetall stattgefunden?
3. Welche Aufgaben hätte Herr Heinen für Rheinmetall übernehmen sollen?
4. Warum bzw. von welcher Seite aus wurden die Gespräche beendet?
5. Seit wann hatte das Innenministerium Kenntnis von den Gesprächen?



Theo Kruse

Datum des Originals: 2017/Ausgegeben: 2017